

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

11. Mai 2020

Äthiopien

COVID-19-Pandemie

Im Zuge der Bekämpfung des Coronavirus werden Tausende äthiopische Migranten, die aus dem Nahen Osten und afrikanischen Ländern ausgewiesen wurden, in verschiedenen Universitätsgebäuden des Landes unter Quarantäne gestellt. Es soll sich um insgesamt 5.000 Personen handeln, von denen 13 positiv getestet worden seien. Das Gesundheitsministerium erklärte, dass eine sofortige Rückkehr in die Heimatgebiete deshalb derzeit nicht möglich sei. Äthiopien, mit einer Bevölkerung von rund 110 Millionen Menschen, hat bislang 133 Fälle von COVID-19 und drei Todesfälle bestätigt. Experten sagen jedoch, dass das öffentliche Gesundheitssystem schnell überfordert sein könnte.

Die Vereinten Nationen (UN) haben gewarnt, dass Massenvertreibungen illegaler Migranten durch Saudi-Arabien nach Äthiopien, die Verbreitung des Virus und die überwältigenden Quarantäneanstrengungen gefährden könnten. Quellen berichten von rund 200.000 Betroffenen.

Afghanistan

Kampfhandlungen, Anschläge, zivile Opfer

Medien berichteten auch in der vergangenen Woche von Kämpfen und Anschlägen in zahlreichen Provinzen. Am 07.05.20 wurde der Polizeichef der östlichen Provinz Khost zusammen mit zwei seiner Leibwächter bei einem Anschlag der Taliban getötet. Bei einer Demonstration gegen die COVID-19-Schutzmaßnahmen der Regierung und die schleppende Verteilung von Hilfsgütern in der zentralafghanischen Provinz Ghor wurden am 09.05.20 mindestens 20 Menschen getötet und mindestens sechs Menschen verletzt, darunter zwei Polizisten. Eine Auswertung der bestätigten Meldungen über sicherheitsrelevante Vorfälle durch die New York Times ergab, dass im April 2020 mindestens 350 Regierungskräfte und 66 Zivilisten getötet worden sind. Im Mai 2020 wurden 42 getötete Sicherheitskräfte und vier getötete Zivilisten gezählt (Stand 07.05.20). Die Unabhängige Afghanische Menschenrechtsorganisation (AIHRC) meldet, dass in den ersten zehn Tagen des Ramadan (24.04. bis 05.05.20) 43 Zivilisten getötet und 73 verletzt worden seien. Die Provinzen, in denen zivile Opfer festgestellt worden seien, waren Kabul, Ghazni, Logar, Kandahar, Paktia und Helmand.

Zusammenarbeit von ISKP und Haqqani-Netzwerk

Nach Erkenntnissen des afghanischen Geheimdienstes arbeite der Islamische Staat in der Khorasan Provinz (ISKP) mit dem Haqqani-Netzwerk zusammen. Der Raketenangriff auf die Präsidentenvereidigung, die Anschläge auf einen Sikh-Tempel und die Gedenkveranstaltung am Grab von Mazari sowie der Raketenangriff auf den Flughafen Bagram seien von ISKP und Haqqani-Netzwerk gemeinsam begangen worden.

Gefangenenaustausch

Die Regierung hat inzwischen mehr als 900 Taliban freigelassen und damit über die Hälfte der vereinbarten 1.500 Häftlinge. Weitere Gefangene können laut Regierung entlassen werden, wenn die Friedensgespräche mit den Taliban beginnen.

COVID-19-Pandemie

Die Zahl der bestätigten COVID-19-Fälle steigt weiterhin an. Positiv getestete Personen werden aus allen 34 Provinzen gemeldet. Die höchste Anzahl an Fällen weist Kabul auf, gefolgt von Herat, Kandahar und Balkh.

Der landesweite Lockdown gilt in unterschiedlichem Maße weiterhin bis zum 24.05.20. Die Provinzen Kandahar, Helmand und Ghazni haben inzwischen aber einige Lockerungen zugelassen. So wurden Bewegungsbeschränkungen aufgehoben und Geschäfte dürfen zu bestimmten Tageszeiten öffnen. Auch die Provinzregierung von Balkh kündigte Lockerungen an, während sich in Herat aufgrund mangelhaft durchgeführter Vorsichtsmaßnahmen das Virus schnell weiter ausbreitet. Insbesondere in öffentlichen Diensten beschäftigte Personen sind hier betroffen.

Zwischen 26.04. und 02.05.20 kehrten aus Iran 5.801 Personen zurück, 42 % weniger als in der Vorwoche. 3.526 Personen waren freiwillige Rückkehrer, 2.275 Personen wurden abgeschoben. Die Mehrheit der freiwilligen Rückkehrer, von denen zunächst viele nach Herat gehen, gab an, ihre Arbeitsstelle in Iran verloren zu haben, 29 % nannten auch die Furcht, sich mit dem Coronavirus zu infizieren, als Rückkehrgrund. Die Grenzübergänge zu Pakistan (Torkham und Spin Boldak) bleiben weiterhin grundsätzlich nur für Warenverkehr und Hilfslieferungen (Montag bis Freitag) geöffnet. Eine begrenzte Anzahl von Personen kann jeweils samstags die Grenze zu Fuß passieren.

Algerien

Militärmanöver nahe der Flüchtlingslager der Sahraouis

Am 05.05.20 soll das algerische Militär ein Manöver in der Nähe der Flüchtlingslager der Sahraouis bei Tindouf durchgeführt haben. Tindouf befindet sich im algerischen Teil der Westsahara. In diesen Flüchtlingslagern leben seit 45 Jahren ca. 200.000 Menschen, die aus dem, von Marokko als Südsprovinzen beanspruchten Teil der Westsahara, geflohen sind. Die Spannungen zwischen Algerien und Marokko haben sich, wegen der Situation in der Westsahara, in den letzten Monaten verschärft.

China

COVID-19-Pandemie

Die Regierung räumte Schwachstellen im Gesundheitswesen ein. Die Gesundheitsbehörde werde daher ein zentralisiertes, einheitliches und effektives System einrichten, mit dem schneller auf Krisen reagiert werden könne. Am 11.05.20 haben die Behörden den zweiten Tag in Folge neue Ansteckungen in Wuhan gemeldet. In einem Wohnviertel wurden fünf Neuinfektionen bestätigt. Es handelt sich um die ersten bekannten Fälle in Wuhan seit mehr als einem Monat. Daneben wurden elf neue asymptomatische Fälle in der umliegenden Provinz gemeldet. Einen neuen Ansteckungsherd gibt es in Shulan (nordöstliche Provinz Jilin). Die Stadt wurde unter Quarantäne gestellt.

Indien

COVID-19-Pandemie

Die landesweite Ausgangssperre wegen der COVID-19-Pandemie dauert bis zum 17.05.20 an (vgl. BN v. 04.05.20). Die Ausgangssperre hatte die drittgrößte Volkswirtschaft Asiens weitestgehend lahmgelegt. Millionen von Arbeitnehmern im informellen Sektor sind arbeitslos geworden. Zehntausende Wanderarbeiter hatten sich daraufhin von den Metropolen zu Fuß auf den Weg in ihre Heimatstädte gemacht. Ab 12.05.20 soll der Bahnverkehr zwischen Neu-Delhi, Mumbai, Bangalore und Chennai schrittweise wiederaufgenommen werden. Kleinere Geschäfte konnten unter Einhaltung von Hygienevorschriften wieder öffnen. Seit 04.05.20 ist auch in manchen Büros mit einem Bruchteil der Belegschaft die Arbeit wiederaufgenommen worden. Die Regierung begann am 07.05.20 mit der Durchführung einer Rückholaktion von bis zu 15.000 indischen Staatsbürgern aus zwölf Ländern.

Kaschmir: Rebellenanführer getötet

Bei einer Militäroperation am 05.05.20 im Distrikt Pulwama wurde Riyaz Naikoo, der Anführer der größten separatistischen Bewegung in der Region Hizb-ul-Mujahideen, sowie drei weitere Aufständische getötet. Der Leichnam ist den Familienangehörigen nicht zur Bestattung übergeben, sondern von Sicherheitskräften unmittelbar nach seinem Tod beigesetzt worden. Der ehemalige Mathematiklehrer schloss sich 2012 dem Widerstand gegen die Zentralregierung in Neu-Delhi an und ersetzte 2016 den im selben Jahr getöteten, vormaligen Anführer Burhan Wani. Nach Bekanntwerden von Naikoos Tod brachen mehrtägige Proteste aus. Mehrere Dutzend Personen wurden verletzt, mindestens eine getötet. Das Internet und die Mobilkommunikation

sind nach wie vor in der Region abgeschaltet.

Irak

Regierungsbildung

Am 07.05.20 hat das Parlament dem neuen Ministerpräsidenten, Ex-Geheimdienstchef Mustafa al-Kasimi, das Vertrauen ausgesprochen und auch 15 Ministern seines Kabinetts zugestimmt. Al-Kasimi gilt als Kompromisskandidat.

Proteste

Am 10.05.20 kam es in Bagdad erneut zu Protesten. Die Demonstranten forderten, nur wenige Tage nach der Wahl einer neuen Regierung, politische Reformen, bessere Lebensbedingungen sowie dass diejenigen zur Rechenschaft gezogen werden, die für den Tod Hunderter Menschen bei Massenprotesten verantwortlich sind.

Sicherheitslage

Es wird weiterhin auch von nicht protestbezogenen sicherheitsrelevanten Vorfällen sowohl mit zivilen Opfern als auch Sicherheitskräften berichtet. Kämpfer des IS sind weiterhin aktiv. Die irakischen Sicherheitskräfte führen nach wie vor Sicherheitsoperationen gegen IS-Kämpfer durch.

COVID-19-Pandemie

Bis zum 10.05.20 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) 2.676 Fälle von COVID-19-Erkrankungen, 107 Todesfälle und 1.702 Personen, die genesen sind, im Irak bestätigt. Ungefähr 15 % der Fälle wurden in der Region Kurdistan-Irak (KR-I) registriert.

Iran

Tote bei Marineübung

Nach Angaben des Militärs vom 11.05.20 sind bei Übungen der iranischen Marine im Golf von Oman 19 Matrosen getötet und 15 Soldaten verletzt worden, nachdem das Hilfsschiff Konawar versehentlich von eigenen Truppen beschossen worden war. Bei den Militärübungen im Persischen Golf und dem Golf von Oman sollen im Inland hergestellte Raketen getestet werden.

COVID-19-Pandemie

Das Coronavirus hat das Land in den letzten 111 Tagen besonders hart getroffen. Laut Angaben des Gesundheitsministeriums starben bislang mehr als 6.500 Menschen an den Folgen der Infektion. Die Zahl der Infizierten beträgt mehr als 105.000 Personen, von denen über 85.000 Personen jedoch als geheilt gelten. Die Pandemie soll etwa 70 % der Wirtschaft lahmgelegt haben.

Auch Iran beginnt mit ersten Lockerungen. So dürfen z.B. seit Mitte April 2020 Ämter und „Low Risk“-Geschäfte wieder öffnen. Nach nunmehr über zwei Monaten auch Friseur- und Schönheitssalons.

Tasnimnews berichtet, dass ab dem 08.05.20 in 157 Städten Freitagspredigten wieder stattfinden dürfen. Dies erfolge in Übereinstimmung mit einem Gesundheitsplan. Außerdem habe Präsident Rohani angekündigt, dass in den coronafreien „weißen Zonen“ ab dem 04.05.20 Moscheen wieder öffnen dürfen. Dies betreffe insgesamt 132 Städte.

Die Schreine sowie größere Moscheen bleiben jedoch weiterhin geschlossen; der Zugang zu den Außenhöfen könnte bis Ende Mai 2020 aber wieder erlaubt werden. „Es gibt Überlegungen, nach dem Fastenmonat Ramadan (im Iran am 23. Mai) die Außenhöfe der Mausoleen unter Beachtung bestimmter Hygienevorschriften zu eröffnen“, sagte Gesundheitsminister Saeid Namaki. In den vier wichtigen Mausoleen sowie in größeren Moscheen des Landes gibt es Außenhöfe, wo sich die Pilger vor oder nach dem Schreinbesuch aufhalten. Die Schließung der Mausoleen und Moscheen hatte im Land zu heftigen Diskussionen zwischen dem Klerus und den Wissenschaftlern im Gesundheitsministerium geführt. Minister Namaki und sein Team waren aber der Meinung, dass in den Schreinen die Kontaktbeschränkung unmöglich sei und ihre Öffnung zu einer neuen Ansteckungswelle führen könnte.

Tote bei Auseinandersetzung im Westen Irans

Laut der Tasnimnews vom 06.05.20 habe es in der Provinz Kurdistan ein Gefecht zwischen antirevolutionären Kräften und den Revolutionsgarden gegeben. Dabei seien mehrere Personen auf feindlicher Seite getötet worden. Auf Seiten der Revolutionsgarden seien drei Soldaten getötet worden. Zu den Aufgaben der Revolutionsgarden zähle die Verteidigung der Grenzen im Nordwesten und Südosten des Landes.

Verhaftete Studenten der Verbindung zur MEK bezichtigt

Drei Wochen nach der Festnahme zweier Studenten der Sharif-Eliteuniversität für Technologie in Teheran gaben die Justizbehörden die Anschuldigung gegen sie bekannt. Den Studenten werde versuchte Sabotage und Verbindung zur Oppositionsgruppe der MEK (Mudjahedin-e Khalq-e Iran: Volksmud-jahedin) vorgeworfen, wie Justizsprecher Gholamhossein Esmailie am 05.05.20 erklärte. Die Festgenommenen hätten während der Corona-Krise durch Sabotage Unruhe im Land stiften wollen. 2018 gewann einer von ihnen mit dem iranischen Team die Goldmedaille der Internationalen Astronomie-Olympiade. Festnahmen unter ähnlichen Umständen sind in Iran keine Seltenheit.

Jemen

COVID-19-Pandemie: erste Fälle in von Rebellen gehaltenen Gebieten

Die Houthi-Rebellen haben die ersten Fälle in den nördlichen Gebieten gemeldet. Berichten zufolge sind zwei Personen mit dem Coronavirus infiziert worden, einer von ihnen ist gestorben.

Im Süden des Landes wurden 51 Fälle gemeldet, darunter acht Todesfälle, die meisten davon in Aden. Die Vereinten Nationen (UN) sind besorgt, dass sich das Virus unentdeckt im Land ausbreitet, da die Testkapazitäten äußerst gering sind.

Kämpfe in Marib und al-Bayda

Es wurde über anhaltende Kämpfe zwischen den Houthi-Rebellen und mit der jemenitischen Regierung verbündeten Kräften an den Frontlinien in den Gouvernements Marib und al-Bayda berichtet. Die Houthi-Rebellen werfen der von Saudi-Arabien geführten Koalition vor, mehr als hundert Luftangriffe, unter anderem auf die Hauptstadt Sanaa, durchgeführt zu haben. Dutzende von Menschen sollen auf beiden Seiten getötet worden sein.

Kamerun

Mamfe: Bürgermeister von Separatisten getötet

Am 10.05.20 erschossen laut Angaben des staatlichen Rundfunks CRTV bewaffnete anglophone Separatisten in der Region Südwest Ashu Prisley Ojong den Bürgermeister der Stadt Mamfe (ca. 40.000 Einwohner, Hauptstadt des Bezirks Manyu), bei einem Anschlag auf dessen Autokonvoi. Reuters berichtete unter Berufung auf einen hohen Militär aus der Region, dass bei dem Anschlag auch zwei Soldaten getötet worden sein sollen. Der Anschlag erfolgte etwa acht Kilometer außerhalb von Mamfe bei Ojongs Geburtsort Eshobi. Ojong war am 25.02.20 als Kandidat der Regierungspartei Rassemblement démocratique du Peuple Camerounais (RDPC) zum Bürgermeister von Mamfe gewählt worden. Er ist einer der ersten höherrangigen gewählten Vertreter des Staates, der im Rahmen des in den beiden englischsprachigen Regionen Nordwest und Südwest andauernden Konflikts zwischen der Armee und den bewaffneten Milizen der Separatisten getötet worden ist.

Kenia

Schließung von Viehmärkten im Grenzgebiet

Das Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht hat am 08.05.20 alle Viehmärkte entlang der Grenzen zu Somalia und Tansania geschlossen, um die Ausbreitung von COVID-19 zu verhindern. Hintergrund sei, so die Erklärung, dass alle neun COVID-19-Fälle, die bisher im Wajir County im Nordosten des Landes bestätigt wurden, aus Somalia stammen würden. Alle Händler wurden aufgefordert, den notwendigen Abstand einzuhalten, die hygienischen Bedingungen zu verbessern und Gesichtsmasken zu tragen, bevor die Märkte wieder geöffnet werden könnten.

Kolumbien

Majoré: Vertreibung indigener Familien

Bewaffnete illegale Gruppierungen haben rund 70 Familien der indigenen Gemeinschaft Embera Eyábida Ende April 2020 gezwungen, Siedlungen im Selbstverwaltungsgebiet Majoré im Südwesten des Departamentos Antioquia aufzugeben. Entsprechende Medienberichte verweisen auf eine Mitteilung des Indigenenverbands von Antioquia (OAI). Vorübergehend hätten die Familien Unterkunft in den Räumen einer Schule gefunden. Weiteren 1.000 Familien in der Region drohe ebenfalls Vertreibung. Dort agieren sowohl Paramilitärs, als auch die Guerillaorganisation Ejército de Liberación Nacional (ELN). Unter Berufung auf das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) meldeten Medien Ende April 2020, dass in Kolumbien seit Jahresbeginn bereits mehr als 10.000 Personen von bewaffneten Gruppierungen vertrieben worden sind.

Spionage-Skandal

Aus Medienberichten geht hervor, dass das Militär im Jahr 2019 mindestens 130 Personen ausspioniert haben soll, um an die persönlichen Daten in- und ausländischer Journalisten, Politiker, Rechtsanwälte und Nichtregierungsorganisationen zu kommen. Dafür seien finanzielle Mittel aus der Kooperation anderer Länder mit den kolumbianischen Streitkräften zweckentfremdet worden. Der Journalist Nick Casey soll ganz besonders beobachtet worden sein. Casey hatte über eine angebliche militärische Anordnung berichtet, die Zahl der getöteten Kriminellen und Rebellen höher anzugeben. Viele erinnert das an den Skandal um die sogenannten Falsos Positivos. In der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts hatten kolumbianische Soldaten Zivilisten getötet und als Guerilla-Kämpfer ausgegeben, um Quoten zu erfüllen und Prämien zu erhalten.

Mali

UN-Blauhelmsoldaten getötet

Während einer Patrouille wurden am 10.05.20 in Aguelhok (Region Kidal) drei UN-Blauhelmsoldaten getötet und mindestens vier verletzt, als ihr Fahrzeug von einem Sprengsatz getroffen wurde. Bisher hat sich niemand zu dem Angriff bekannt.

Montenegro

NGO fordert staatlichen Schutz für Umweltaktivisten

Laut Medienberichten fordert die Nichtregierungsorganisation (NGO) Human Rights Action die Behörden auf, Übergriffe gegen den Umweltschützer Ratko Pajovic zu unterbinden. Ratko Pajovic ist am ökologisch gefährdeten Skadar-See tätig. Am 07.05.20 war ein Brandanschlag auf sein dortiges Seeschutzhaus verübt worden, nachdem Pajovic zuvor schon wiederholt, unter anderem durch Beschädigung seines Autos in Podgorica, bedroht und Opfer von bisher polizeilich nicht aufgeklärten Vandalismus geworden sei. Als Urheber werden illegal tätige Fischer vermutet. Er befürchte weitere bewaffnete Überfälle auf seine Person, weshalb er ein Einschreiten der Behörden fordere. Auch der Leiter der Nationalparkverwaltung, Elvir Klica, habe die staatlichen Behörden aufgefordert, Pajovic als einen wichtigen Partner der Park-Ranger im Kampf für den See zu schützen. Die Polizei habe die Aufklärung des Brandanschlags angekündigt.

Niger

Erneute Angriffe

Am 03.05.20 kam es in Diffa, der größten Stadt im Südwesten des Landes, zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Boko Haram-Kämpfern und Regierungstruppen. Die Dschihadisten behaupteten, dies sei ein erfolgreicher Angriff auf ein Militärlager gewesen und gaben an, das Lager „übrannt“ zu haben. Nach Aussagen von Anwohnern gegenüber der Nachrichtenagentur AFP, wurden die Angreifer zurückgeschlagen. Ein Propagandavideo der Provinz Islamischer Staat Westafrika (ISWAP), einer Splittergruppe von Boko Haram, die dem sogenannten IS angeschlossen ist, soll zeigen, wie schwer bewaffnete Aufständische nach anhaltenden Kämpfen und schwerem Waffenfeuer ein Armeelager stürmen. Sicherheitskreise bestätigten den Angriff, gaben jedoch keine Details an. Der Verteidigungsminister sagte gegenüber AFP, eine offizielle Erklärung würde erst später folgen.

Bei einer Reihe von Angriffen am 10.05.20 in der westlichen Region Tillaberi haben Unbekannte auf Motorrädern 20 Dorfbewohner getötet, teilte der dortige Gouverneur Tidjani Ibrahim Katiella mit. Sie hätten drei Dörfer angegriffen, Läden, Getreide und Vieh geplündert, bevor sie Richtung Norden abzogen. Eine lokale Quelle nannte Dörfer wie Gadabo, Zibane Koira-Zeno und Zibane-Tegui, die alle von Anzourou verwaltet werden, einer Gemeinde etwa 50 Kilometer von Tillaberi und 100 Kilometer von der Grenze zu Mali entfernt. UN-Generalsekretär António Guterres warnte letzte Woche, dass Dschihadistengruppen in der Sahelzone die COVID-19-Pandemie ausnutzen, um Angriffe zu verstärken. Die Pandemie hat dazu geführt, dass die Grenze zwischen Mali und Mauretanien geschlossen wurde, wodurch die Operationen der sogenannten G5-Sahel-Anti-Dschihadisten-Truppe verschoben werden mussten.

Nepal

COVID-19-Pandemie: Einreisestopp für Rückkehrende

Seit Schließung der Grenze zwischen Nepal und Indien Ende März 2020 wegen COVID-19, warten Hunderte Nepalesen an den Grenzübergängen, in der Hoffnung, die Zentralregierung werde ihnen ihre Einreise gestatten. Tatsächlich fehlt bislang eine Entscheidung der Regierung, wie mit Heimkehrern umgegangen werden soll, von denen rund die Hälfte die Auflage einer zweiwöchigen Quarantänezeit bereits beendet haben. Indien fordert den Nachbarstaat auf, die Grenze für diese Personen zu öffnen, die vorübergehenden Schutz vor Regen und Sturm in Schulen und Gesundheitsstationen finden.

Nordmazedonien

COVID-19-Pandemie: Roma-Siedlungen erhalten EU-Hilfen

Nach Medienberichten gelangen im Rahmen des gemeinsamen Hilfsprogramms ROMACTID des Europarats und der EU seit April 2020 Hilfspakete an schutzbedürftige Roma-Gemeinschaften in Nordmazedonien und weiterer Westbalkan-Staaten. Die Pakete, die Grundnahrungsmittel, Lebensmittelgutscheine und Hygieneartikel enthalten, dienen dazu, die Probleme, mit denen die Roma-Gemeinden durch die Corona-Krise konfrontiert sind, zu lösen. Lokale ROMACTID-Teams würden die Aktionen im Auftrag der EU und in Kooperation mit den zuständigen lokalen Behörden koordinieren und das Arbeits- und Sozialministerium Nordmazedoniens über die aktuelle Situation vor Ort informieren. Staatliche Vorschriften von „Social Distancing“ müssten in Einklang mit solidarischen Hilfsmaßnahmen für besonders vulnerable Gruppen stehen.

Zentralrat der Sinti und Roma: Erhöhte Diskriminierungsgefahr für Roma

Laut einer Pressemeldung des Zentralrats der Sinti und Roma bestünde durch die COVID-19-Pandemie für Roma eine erhöhte Gefahr von Diskriminierung. So seien Ende März 2020 neun Roma-Musiker aus einer Gruppe von 200 Menschen bei ihrer Rückkehr ins Land an der Grenze als einzige festgehalten und unter Quarantäne gestellt worden, obwohl sie keine Symptome einer COVID-19-Erkrankung gezeigt hätten.

Pakistan

COVID-19-Pandemie

Seit 09.05.20 erfolgten landesweit schrittweise Lockerungen der Ausgangssperre. Die Provinz Punjab verlängerte die Ausgangssperre um weitere drei Wochen mit Ausnahmeregelungen für bestimmte Industriezweige und kleinere Geschäfte. Größere Geschäfte, Bildungseinrichtungen, Restaurants und Hotels bleiben in der Provinz geschlossen. Großveranstaltungen sind dort weiterhin untersagt. Nach den ersten Lockerungen kam es landesweit auf den wiedereröffneten Märkten zu größeren Menschenansammlungen.

Seit 31.03.20 haben sich 850.000 freiwillige Helfer für die Tiger Force registrieren lassen. Mit diesem Hilfsprogramm, das zur Abmilderung der durch die Corona-Krise hervorgerufenen sozioökonomischen Folgen eingerichtet wurde, werden die ärmsten Bevölkerungsschichten wie Tagelöhner mit Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Gütern versorgt. Laut einer Studie der Vereinten Nationen (UN) aus dem Jahr 2016 sind knapp 40 % der Bevölkerung von Armut betroffen.

Pakistan hat mit einer Rückholaktion von Zehntausenden pakistanischen Staatsangehörigen aus den Golfstaaten begonnen.

Während des andauernden Fastenmonats Ramadan finden Freitagsgebete statt. Trotz des mit der Regierung vereinbarten Maßnahmenpakets (vgl. BN v. 27.04.20) werden Hygienevorschriften selten oder oft nicht

eingehalten und auch der erforderliche Mindestabstand kaum gewahrt. Die Öffnung von Moscheen während der COVID-19-Pandemie ist in der muslimischen Welt in dieser Form einmalig.

Russische Föderation

Menschenrechtsbeauftragte: Sprunghafter Anstieg häuslicher Gewalt

Die Menschenrechtsbeauftragte der Russischen Föderation, Tatjana Moskalkova, wies am 05.05.20 gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Novosti darauf hin, dass häusliche Gewalt gegen Frauen im April 2020 im Land stark zugenommen habe. Die Auswertung von Daten von Nichtregierungsorganisationen habe für April 2020 mehr als eine Verdoppelung der Beschwerden über häusliche Gewalt im Vergleich zum Vormonat ergeben, wobei von einer zusätzlichen Dunkelziffer nicht berichteter Fälle auszugehen sei. Seit Anfang April 2020 gelten im Land verschärfte Restriktionen zur Eindämmung des Coronavirus. Experten hatten gewarnt, dass die behördlichen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit sowie wirtschaftliche und soziale Belastungen infolge der Pandemie häusliche Gewalt fördern können. Häusliche Gewalt gegen Frauen ist im Land weit verbreitet.

Serbien/Montenegro

Demokratie-Defizite

Zu den Staaten, die ein am 06.05.20 veröffentlichter Bericht „Nation in Transit 2020“ der Nichtregierungsorganisation Freedom House nicht mehr als Demokratien einstuft, sondern als sogenannte hybride Regime, zählen auch Serbien und Montenegro. Grund hierfür sind ausweislich des Berichts sinkende Standards in Bezug auf Regierungsführung, Justiz, Wahlen und Medienfreiheit. Anlässlich der Veröffentlichung erklärte ein Vertreter von Freedom House, dass Montenegro und Serbien seit langem schwache Institutionen hätten und die Neuklassifizierung das Ergebnis einer allmählichen Verschlechterung sei. Der Bericht untersucht insbesondere die Verhältnisse in ost- und südosteuropäischen Ländern und klassifiziert diese mithilfe eines Punktesystems in fünf Kategorien: konsolidierte Demokratien, halbkonsolidierte Demokratien, Übergangs- oder Hybridregime, halbkonsolidierte autoritäre Regimes und konsolidierte autoritäre Regimes.

Somalia

Kenianisches Flugzeug abgeschossen

Ein in kenianischem Besitz befindliches African-Express-Flugzeug mit humanitären und medizinischen Hilfsgütern wurde am 20.04.05 in Bardale, Region Bay in Somalia, abgeschossen. Die sechs Menschen an Bord wurden getötet. Das äthiopische Militär gab am 09.05.20 zu, dass sie das Flugzeug abgeschossen haben. Sie erklärten, man habe geglaubt, es befinde sich auf einer „potentiellen Selbstmordmission“, da keine Informationen über das Flugzeug vorlagen und es im Tiefflug flog. Äthiopischen Truppen sind in einem Militärlager in Bardale stationiert.

Al-Shabaab richtet angeblichen Spion hin

Am 03.05.20 soll Al-Shabaab einen Mann im Distrikt Adan Yabal, Region Middle Shabelle, öffentlich hingerichtet haben. Der Mann wurde der Spionage für die US Central Intelligence Agency (CIA) und das Militär beschuldigt.

Syrien

Anschlag auf Sicherheitskräfte in Daraa

Staatsmedien und die oppositionsnahe Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichteten übereinstimmend über einen Schusswechsel am 04.05.20 in Muzayrib, einem Dorf unweit der Grenze zu Jordanien. Unbekannte sollen demnach neun Polizisten entführt, erschossen und in einer Straße zurückgelassen haben.

In der Provinz Daraa, in der im März 2011 der syrische Bürgerkrieg begann, soll es regelmäßig zu Angriffen auf Sicherheitskräfte der Regierung kommen, seitdem die Rebellen im Juli 2018 die Kontrolle über das Gebiet aufgeben mussten.

Neue Kämpfe im Nordwesten

Aus der letzten Rebellenhochburg, deren Gebiet sich über Teile der Provinzen Idlib, Aleppo und Hama erstreckt, hat es am 10.05.20 einen Angriff auf Regierungstruppen gegeben, bei der etwa drei Dutzend Kämpfer getötet worden sein sollen. Dabei handelte es sich um die schwersten Kämpfe, seitdem Anfang März 2020 die Regierungskampagne zur Rückeroberung der Rebellengebiete im Rahmen eines Abkommens zwischen Russland und der Türkei zunächst ausgesetzt worden war.

Auf der Seite der Rebellen sollen maßgeblich Anhänger von Horas ad-Din an den Kämpfen beteiligt gewesen sein. Die Gruppe, die jeden Waffenstillstand mit der Regierung kategorisch ablehnt, geht aus einer Abspaltung von Hayat Tahrir al-Sham hervor, dem tonangebenden Milizenverbund in den verbleibenden Rebellengebieten.

Türkei

COVID-19-Pandemie

Da langsam ein Abflachen der Neuinfektionen mit dem Coronavirus in der Türkei zu beobachten sei, plant die Regierung eine schrittweise Lockerung der zahlreichen bestehenden Einschränkungen. Am vergangenen Wochenende galt eine weitgehende Ausgangssperre nur noch in 24 Städten und Provinzen statt zuvor in 31. Zudem durften Senioren ab 65 Jahren zum ersten Mal seit dem 21.03.20 wieder für vier Stunden das Haus verlassen. Ab 11.05.20 sollen unter anderem Läden, Einkaufszentren und Friseure unter Auflagen wieder öffnen können. Beabsichtigt sei, dass nach der Sitzung des Corona-Wissenschaftsrats am 11.05.20 Reisebeschränkungen für weitere Provinzen aufgehoben werden könnten.

In einer zweiten Phase vom Juni bis in den August 2020 sollen Ausgangssperren schrittweise verringert werden und die Zahl der Tage, an denen Bürger über 65 Jahren nach draußen dürfen, erhöht werden. Dann sollen auch wieder die Moscheen unter Einhaltung der Mindestabstände öffnen. Die Schutzmaskenpflicht bestehe weiterhin. Im Juni 2020 sollen dann auch Restaurants und Cafés mit Einschränkungen wieder öffnen dürfen, ebenso Bibliotheken. Sportveranstaltungen könnten wieder durchgeführt werden, allerdings ohne Zuschauer und nur unter bestimmten Sicherheits- und Hygienestandards.

Kinos, Theater und Open-Air-Bühnen sollen eventuell im Juli 2020 wieder in Betrieb genommen werden dürfen. Überlegt werde auch, dann größere Veranstaltungen, wie beispielsweise Hochzeiten, unter bestimmten Auflagen wieder zu erlauben.

Eine dritte Phase laufe von September 2020 bis zum Jahresende. Dafür würden detaillierte Pläne ausgearbeitet, um Schulen und Universitäten unter Einhaltung der Sicherheits- und Hygienemaßnahmen wiederzueröffnen.

Danach sollen in einer vierten Phase alle Reise- und Flugbeschränkungen sowie die Maskenpflichten wieder aufgehoben werden. Es werde zudem bereits über Einreisemöglichkeiten für Touristen unter Durchführung von Coronatests an Flughäfen ab Juni 2020 nachgedacht.

Bericht zu möglichen Fluchtbewegungen

Nach einem Bericht vom 08.05.20 der Tageszeitung Die Welt erwarte die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) erneut eine hohe Zahl von Flüchtlingen an der griechisch-türkischen Grenze. Nach einem der Zeitung vorliegenden internen und vertraulichen Situationsbericht vom 05.05.20 aus dem Frontex Situation Centre, könnte es massive Bewegungen von Migrantinnen aus der Türkei in Richtung Griechenland geben, sobald weitere türkische Provinzen ihre Coronavirus-Einschränkungen lockerten.

Ukraine

Ehemaliger georgischer Staatschef Skaschwili in der Ukraine

Der ukrainische Präsident Selenski hat den früheren georgischen Staatschef und Gouverneur der Hafenstadt Odessa, Michail Saakaschwili, am 07.05.2020 zum Vorsitzenden des Reformkomitees beim Präsidenten ernannt. Auch wenn dessen künftige Kompetenzen noch unklar sind, so soll der 52-Jährige die Reformen im Land vorantreiben und Impulse geben. Ihm sollte zunächst der Posten des Vizeregierungschefs für Reformen angeboten worden sein. Dafür gab es Berichten zufolge aber keine Mehrheit im Parlament. Georgien rief aus Protest seinen Botschafter aus Kiew zurück, da in seinem Heimatland noch juristische Verfahren gegen Saakaschwili anhängig sind.

Venezuela

Festnahmen nach Invasionsvorwürfen

Im Zusammenhang mit Invasionsvorwürfen sind laut Medienberichten bisher 45 Menschen inhaftiert worden. Hintergrund ist die Landung Bewaffneter an einem venezolanischen Strand, die sich am Morgen des 03.05.20 zugetragen haben soll. Die Angreifer sollen aus Kolumbien gekommen sein. Berichtet wird von einem anschließenden Feuergefecht, in dessen Verlauf acht Personen getötet wurden. Nach Angaben des venezolanischen Regimes sei die Attacke erfolgreich abgewehrt worden. Den Festgenommenen wird Terrorismus, Verschwörung, illegaler Handel mit Kriegswaffen und die Bildung einer kriminellen Vereinigung zur Last gelegt. Unter den Inhaftierten sollen auch zwei frühere US-Soldaten sein. Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro sieht die USA als Drahtzieher und vergleicht das Ereignis mit der Schweinebucht-Invasion, bei der Exilkubaner 1961 mit Unterstützung aus den USA versucht hatten, die kubanische Regierung unter Fidel Castro zu stürzen. Die USA haben eine Verwicklung in die angeblich versuchte Invasion Venezuelas zurückgewiesen. Der Vorfall ereignete sich inmitten einer verschärften Sanktionspolitik der USA gegen Venezuela. Gegner Maduros mutmaßen, dass er als weiterer Vorwand für Repressionen gegen Oppositionelle inszeniert worden sei.

Westbalkan

EU-Westbalkan-Gipfel

Die COVID-19-Pandemie dominierte die politische Agenda auf dem am 06.05.20 virtuell abgehaltenen EU-Westbalkan-Gipfel. Die EU hatte Albanien, Bosnien-Herzegowina, den Kosovo, Nordmazedonien, Serbien und Montenegro bereits vor dem Gipfel in einem ersten Hilfspaket 3,3 Milliarden Euro zur Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen bereitgestellt. In einer Erklärung dazu heißt es, das Hilfspaket umfasse Gelder für den Gesundheitssektor und für die notwendige gesellschaftliche und wirtschaftliche Erholung. Hinsichtlich des schleppend vorangehenden EU-Beitrittsprozesses gab es auf dem virtuellen Gipfeltreffen keine direkten Fortschritte. In der Krise sind die Westbalkan-Staaten durch besonders drastische COVID-19-Schutzmaßnahmen aufgefallen.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de